

Gute Gedanken und Wünsche zum Jahreswechsel

Das Jahr 2018 geht dem Ende zu und wird uns sicher in Erinnerung bleiben; denn Natur und Technik, die uns schon länger zu denken geben, haben Wirkung gezeigt.

Unsere aufgeheizte Atmosphäre lässt Polkappen schmelzen, den Meeresspiegel steigen und Tornados mit verheerender Wirkung entstehen. Anderswo werden aus Bächlein reißende Sturzbäche. Die weltweiten Schäden sind horrend und fordern häufig Todesopfer.

Auf der Nordseite der Alpen beobachten wir schon lange das Schmelzen der Gletscher und das Ausbleiben von Regenfällen hat den Rhein auf die Marke "begrenzt schiffbar" schrumpfen lassen. Auch Landwirte hat fehlender Regen zu Klagen veranlasst.

Naturfreunde haben in diesem Jahr festgestellt, dass bei Insekten und in der Vogelwelt ein merklicher Schwund zu verzeichnen ist. Aber das Motto heißt: "Problem erkannt, Problem gebannt!"



Die Liebe zu den Menschen, Tieren und Pflanzen und unserem Planeten ist Sinn der Schöpfung!

Wenn es uns gelingt, nicht nur die bei uns wohnenden Flüchtlinge zu integrieren, sondern auch Herr über die uns "bedrohenden" Roboter und sonstigen Automaten zu bleiben, dann

glauben wir - die SPD-Rheurdt - dass unsere **guten Wünsche für die Festtage und das neue Jahr 2019** für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für die Gäste in Erfüllung gehen können.

§8 des Kommunalabgabegesetzes in NRW Wer kennt den Inhalt? Wer die Auswirkung?

Viele von uns wissen bestimmt nicht, was sich hinter diesem Paragraphen verbirgt, obwohl er für Bürger ruinöse Auswirkungen haben kann. Dieses Gesetz schreibt den Kommunen im Land vor, alle Anlieger an den Kosten des Straßenausbaus zu beteiligen, da sie ja Nutznießer dieser Maßnahme seien. Diese Beiträge führen immer häufiger zu Konflikten, weil es um Summen geht, die von vielen Familien und besonders von älteren Hausbesitzern nicht aus der Portokasse bezahlt werden können. So sind ältere Menschen für manche Kassen nicht mehr kreditwürdig, weil sie die Schuld ggf. nicht mehr selbst abtragen können oder junge Familien haben sich für den Kauf der Immobilie an ihr finanzielles Limit begeben.

Dieses Problem will die SPD jetzt landesweit lösen. Die Fraktion hat einen Antrag in das Parlament eingebracht mit dem Inhalt, diese Regelung grundsätzlich zu reformieren. Das Problem wird schon lange diskutiert und unterschiedliche Modelle, wie denn der Straßenausbau refinanziert werden könnte, sind auf die Verwertbarkeit geprüft worden. Die meisten der vorgestellten Modelle hatten einen "Pferdefuß" - entweder führen sie zu dauerhaft höheren Abgaben an die Kommune,

oder die Kommune gibt ihre Eigenständigkeit bei der Planung des Straßenausbaus auf oder aber die Grundsteuer erhöht sich in einem Maße, dass es den Zuzug in die Gemeinde unattraktiv macht.

Aber die SPD ist lernfähig und greift Ideen auf, die sich in anderen Bundesländern bewährt haben - in diesem Falls in Bayern. Dort wird der Straßenausbau grundsätzlich, wie auch auf Kreis-, Landes- und Bundesebene nur durch Steuergelder finanziert. Das Land NRW müsste in diesem Fall allen Kommunen Steuermittel zuweisen, die zweckgebunden für den Ausbau des Straßennetzes einzusetzen sind. Ein ähnliches Verfahren kennen wir aus anderen Bereichen und in diesen Zusammenhängen hätten die Kommunen zwar gerne "mehr vom Kuchen", aber es ist auf diese Weise sichergestellt, dass kein Hausbesitzer/Hausbesitzerin das Eigenheim verkaufen muss, weil die finanziellen Belastungen untragbar werden. Wenn jemand sein Haus verkauft, dann sollte dies nach Möglichkeit aus freien Stücken geschehen und nicht auf Grund der Rechnung der Gemeinde für den Ausbau der Straße. Ich wünsche allen Bürgerinnen und Bürgern im Ort, dass sich die SPD mit dieser Forderung landesweit durchsetzen kann. Die Hoffnung bleibt

SPD pur

Die Situation unserer Partei macht uns Sorgen. Deshalb wollen wir auch auf Ortsvereinsebene unsere Grundpositionen deutlicher machen und auch in Diskussionen miteinander erarbeiten. Aus diesem Grund wollen wir in der nächsten Zeit "offene" Mitgliederversammlungen zu sozialdemokratischen Kernthemen durchführen. Die erste Versammlung dieser Art fand im Oktober zum Thema "Renten" statt. Wir haben viel über die Entstehung und die zahlreichen Probleme des Systems gelernt. Dabei ist uns aufgefallen, dass es eine "Falle" in der Diskussion gibt. Alle denken im System und an welchen Stellschrauben noch eine Feinjustierung vorgenommen werden kann, und dies auf Kosten der Grundüberzeugungen.

Die Ortsvereine Rheurdt und Issum haben zu diesem Thema eine Grundsatzresolution verfasst, in der die "Haltepunkte" deutlich formuliert sind:

- 1.) *Nach 45 Beitragsjahren ist ein voller Rentenanspruch erreicht, unabhängig vom Alter.*
- 2.) *Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.*
- 3.) *Beiträge zur Rentenversicherung werden von allen Einkünften erhoben.*
- 4.) *Die Rentenkasse finanziert nur solche Leistungen, die beitragsgedeckt sind.*
- 5.) *Die Rentenkasse darf unbegrenzt Rücklagen bilden.*

UMWELT - BEWUSST

Stirbt der Wald,
kommt keiner
mehr auf einen
grünen Zweig.

Jürgen Ködlitz (Aphoristiker)

Impressum

Rheurdter Lokalgespräch
Herausgeber: SPD-Ortsverein Rheurdt

Verantwortlicher Redakteur:

Karl Heinz Raupach
Drosselstr. 10, 47509 Rheurdt
Telefon: 2845-6700
E-Mail: hkraupach@arcor.de

Layout: Gordon Schmitz
Satz: Christel Raupach
Druck: Rautenberg M & P
53940 Troisdorf



Ortsvereinsvorsitzende
Barbara Wolter

Manchmal scheint es mir, als sei meine Partei in die Jahre gekommen, weil es uns kaum gelingt, die Erfolge unserer Regierungsarbeit den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln. Dieses Problem hatten wir schon bei der letzten Bundestagswahl, als unsere Erfolge uns nicht zugeordnet wurden. Aktuell droht uns erneut ein solches Dilemma, das ich an folgendem Beispiel verdeutlichen möchte: Wir sind, sofern wir ein Dieselfahrzeug besitzen, von der Industrie betrogen worden und hatten keine Chance, uns gegen diesen Betrug zur Wehr zu setzen. Deshalb freuen sich jetzt alle über die Möglichkeit der Musterfeststellungsklage, die es ermöglicht, sein Recht ohne erhebliches persönliches Risiko zu bestreiten - diese Möglichkeit hat die SPD in der Koalition erstritten dank unserer Justizministerin! Und schon Barbara Hendricks, sowie ihre Nachfolgerin Svenja Schulze aus NRW, kämpfen für eine Hardwarerückrüstung der Dieselfahrzeuge auf Kosten der Hersteller.
So "regiert" die SPD!